

U.R.S.L.

**Zeitung der
Treptower Antifa Gruppe**

★ SEP/2001



★ *Uns Reicht's Schon Lange!* ★



Die "Uns Reichs Schon Lange!" wird von engagierten Jugendlichen in Treptow und Umgebung verteilt. Die VerteilerInnen sind nicht identisch mit den RedakteurInnen. Die Artikel geben nur die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder. Die Bildrechte liegen bei dem jeweiligen Fotografen.

Vi.s.d.P ist Theo Klein, Brückenstr. 181, 12487 Bln

4_	interview mit anna u. arthur
6_	mehr antifa statt npd-verbot
8_	bewegung ist menschenrecht
10_	chronologie treptow update
12_	globalisierung...
15_	kontaktaufnahme
16_	zwangsarbeiterentschädigung
18_	antiatombewegung
20_	selbstbestimmte sexualität
22_	gedanken zur wehrpflicht
24_	naziveranstaltung beendet
26_	buchrezension

warum politik?

Liebe LeserInnen, SchülerInnen, InteresentInnen und AntifaschistInnen,

knapp ein Jahr ist es her, dass die letzte bzw. die erste Ausgabe der "Uns reichs schon lange!" erschienen ist. Leider haben sich die Nazis in Treptow seit dem immer noch nicht in ihre Löcher verzogen und auch die grundlegenden Probleme dieser Gesellschaft haben sich einfach noch nicht zum besseren geändert. Die Welt ist schlecht und sie wird immer schlechter, Nazis sind einfach nur dumpf und scheisse, es gibt überall miese Diktaturen, Ungerechtigkeiten wohin man schaut und die Globalisierung des Kapitalismus schreitet flott voran. Linke Antikapi-



alistInnen und GlobalisierungsgegnerInnen in Europa müssen mittlerweile nicht nur Polizeiprügel und Gefängnisstrafen für ihr Engagement in Kauf nehmen, sondern müssen auch damit rechnen angeschossen (Göteborg) oder erschossen (Genua) zu werden. Flüchtlingen wird ein menschenwürdiges Leben in Deutschland nahezu unmöglich gemacht und jedes Wochenende latschen irgendwelche Nazis mit ihren menschenverachtenden Parolen durch deutsche Städte und Käffer. Die Versuche des deutschen Staates sich in einer solchen Realität als "antifaschistisch" darzustellen, wirken auf uns nur lächerlich. Es ist für uns kein "antirassistischer" Erfolg, wenn durch die "Greencard" das Existenzrecht von Flüchtlingen am Profit-Maßstab nach Verwertbarkeit und nach wirtschaftlichen Nutzen gemessen wird und nicht nach dem Grad der politischen Verfolgung, der Unterdrückung oder der Armut. Daher sehen wir uns nun wieder gezwungen diese zweite U.R.S.L.-Ausgabe unter die Jugendlichen von Treptow zu werfen, um Euch zum Nachdenken und zum Handeln anzuregen. Kritiken, Lobe, Drohungen und Nachfragen sind natürlich auch diesmal höchst willkommen. Wildgewordene Hausmeister und Direktoren weisen wir schon mal im Namen unseres An-

waltes darauf hin, dass es sich bei dem Gelände vor den Schulen um öffentliches Strassenland handelt. Hier ist das Verteilen von Flugschriften auch ohne Genehmigung irgendwelcher Behörden völlig legal und gängige Werbepaxis. Das Rumschubsen von Flugschriften-VerteilerInnen und das Entreißen von Flugschriften bei SchülerInnen erfüllt hingegen den Straftatbestand der Nötigung und der versuchten Körperverletzung. Völlig abwegig ist auch die Behauptungen politische Werbung sei verboten. Jeder Sozialkundelehrer wird bestätigen müssen, dass Demokratie auf dem Wettstreit verschieden politischer Interessen bei der politischen Meinungsbildung seiner Bürger beruht. Die Direktoren und Lehrer sollten lieber froh sein, dass einige Jugendliche sich engagieren und versuchen einer rechten Jugendkultur und der Entstehung von sogenannter "National Befreiten Zonen" entgegenzuwirken. Aber nun viel Spass beim lesen. Lasst von Euch hören.....
Email: U.R.S.L.@firemail.de

weils so nicht bleiben darf!



faces.. interviewt

Interview der U.R.S.L.-Redaktion mit Anna und Arthur, zwei Mitgliedern der Treptower Antifa Gruppe.

Redax: Die Treptower Antifa Gruppe existiert nun schon seit Anfang des Jahres 2000. In der letzten U.R.S.L. habt Ihr Euer Konzept und Eure Inhalte erläutert und erzählt, wie man das alles praktisch umsetzen kann. Das hat sich ziemlich umfangreich angehört. Uns interessiert, an welchen Projekten Ihr konkret im letzten halben Jahr gearbeitet habt.

Anna: Oooh, da muß ich etwas nachdenken. Also wir haben eine neue Edition von Aufklebern herausgebracht, das ist jetzt schon die dritte.

Bewundern kann man die weiter hinten in der Zeitung. Wir haben unsere Chronologie von rechten Aktionen in Treptow weitergeführt. Im Januar wurde eine große Party mit Konzert in der Feuerwache in Schöneeweide organisiert, das allerdings mit der KWer Antifa Offensive (KAO) zusammen. Das ganze hieß "Le monde est à nous II". Immerhin waren 700 Gäste dort und wir hatten ausschließlich positive Resonanz.

Arthur: Jetzt mach ich mal weiter. Im Frühjahr haben wir die Kneipen "Fliegerheim" und "Johannisthaler Stübl" geoutet. Das heißt also, daß wir mit Flugblättern und mit einer

Presseerklärung, die Lokale als rechte Treffpunkte öffentlich gemacht haben und das sich die Betreiber dazu dann auch in irgendeiner Form öffentlich äußern mußten, warum sie Schlägern gestatten, sich dort zu treffen. Im März haben wir, aber nicht nur wir allein, versucht eine Veranstaltung der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendgruppe der NPD zu verhindern. Das war am Bahnhof Schöneeweide. Aufgrund der Mobilisierung im Vorfeld ist die Veranstaltung nach Lichtenberg verlegt worden und in Schöneeweide waren auch einige hundert Menschen. Das war's erstmal zu unserer Arbeit in Treptow. Selbstverständlich gehen wir im Bezirk noch regelmäßig plakatieren und Aufkleber kleben.

Anna: Berlinweit haben wir auch an verschiedenen Projekten aktiv mitgearbeitet, andere haben wir nur unterstützt. Ich nenne einfach mal die wichtigsten: im Januar die Aktionswoche des Antifaschistischen Aktionsbündnisses III (A3) im Nord-

Osten Berlins; die Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai erst in Friedrichshain und Lichtenberg, dann in Hohenschönhausen; das Antirassistische Aktionswochenende in Hohenschönhausen; und das Konzert "Le monde est à nous III" in KW im Juli.

Arthur: International haben wir die Geschehnisse in Göteborg und Genua beobachtet und waren erfreut über die breite Widerstandsbewegung und schockiert über die Polizeigewalt.

Redax: Das hört sich alles schon ganz gut an. Hat sich denn etwas, seit dem Ihr in Treptow aktiv seid geändert und wie sieht die Situation im Bezirk aus?

Arthur: Na klaro! Was uns wichtig war, nämlich daß die Jugendlichen wissen, daß es uns gibt, haben wir erreicht. Die Leute wehren sich öfter, wenn sie angegriffen werden. Nazis können weniger offen auftreten, da ihre Aktivitäten in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Schlägertrupps weichen sogar schon in andere Bezirke aus. Partys sind immer noch umstrittenes Feld. Die NPD-Zentrale ist leider etwas in Vergessenheit geraten. In Treptow wohnen und agieren außerdem führende Nazikader, wie der Berliner

JN-Chef Andrew Stelter in Altglienicke und der Berliner NPD Pressesprecher Rene Bethage in Schönefeld. Institutionen, wie Schulen, die Bullen, die offizielle Jugendarbeit sind sensibilisiert. Und was uns noch fehlt, aber längerfristig geplant ist, sind Freiräume für nicht-rechte Jugendliche.

Redax: Ihr habt gesagt, daß es Euch wichtig ist, daß die Jugendlichen aus dem Bezirk wissen, daß es Euch gibt. Wie stark sind denn die Anfragen?

Anna: Da wir ja regelmäßig Aufkleber kleben gehen, auf der unsere Kontaktadresse steht, kommen immer mal wieder Briefe an. Es gibt auch viele, die einfach nur unsere Aufkleber bestellen. Seitdem wir eine eigene Internetseite haben, nämlich die www.treptowerantifa.de ist die Nachfrage von außerhalb auch gestiegen. Aber es macht uns Spaß zu antworten. Wer also Fragen hat, nur zu!

Redax: Jetzt haben wir viel darüber gehört, was gelaufen ist, oder auch noch läuft. Was habt Ihr für die nähere Zukunft geplant?

Arthur: Wir kümmern uns jetzt zusätzlich zu Treptow auch um einen Teil von Lichtenberg, das bedeutet, daß wir auch dort plakatieren gehen

für aktuelle Termine und kleinere Aktionen planen. Am 13. Oktober wollen wir zusammen mit anderen Gruppen in Lichtenberg eine Demo mit anschließender Hip-Hop Party in der Linse veranstalten.

Redax: Dann bedanken wir ganz doll bei Euch für's Interview und wünschen Euch eine erfolgreiche Weiterarbeit!

Antifa.Demo

Nazistrukturen zerschlagen. in Lichtenberg und anderswo!

14 Uhr U-Bhf Magdalenenstrasse

Antifa.Soli.Party

ab 21 Uhr mit Reimeid, HipHop, DJs, Breakdance...

Linse Alt Friedrichsfelde 70

13/10/01



Treptower Antifa Gruppe (T.A.G.)
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34 in 10247 Berlin
tel: 0173 10 70 626
mail: T.A.G.@firemail.de

www.treptowerantifa.de



antifa statt verbote!

und warum es nicht viel bringt die npd zu verbieten...

Nach der allgemeinen Empörung über den Naziterror in diesem Sommer erscheint ein NPD-Verbot als Allheilmittel gegen Rechtsextremismus immer wieder in der politischen Diskussion und in den Medien. Die Bundesregierung will nun mit dem Verbot der NPD ihre "antifaschistische" Ausrichtung unter Beweis stellen.

npd-ende schon länger möglich

Ein NPD-Verbot würde jedoch im Endeffekt nur einige wenige Infrastrukturpunkte der Naziszene zeitweilig einschränken, nicht mehr und

nicht weniger. Wäre der Bundesregierung der "Antifaschismus" wirklich schon immer ein wichtiges Anliegen gewesen, hätte sie sich das langwierige Verbotsverfahren nach über 30 Jahren NPD-Existenz auch ohne Probleme ersparen können. In der ersten Hälfte der 90iger Jahre schuldete die NPD der Bundesregierung mehrere Millionen DM. Diese stammten aus Vorauszahlungen auf zu erwartende Wahlkampfkostenrückerstattung. Hätte die Bundesregierung damals auf eine sofortige Rückzahlung der Schulden bestanden, wäre die NPD als Konkursmasse untergegangen.

rassismus ist gesellschaftsmerkmal

Wir als autonome AntifaschistInnen können dieser rein juristisch geführten Diskussion allerdings eh nur sehr wenig abgewinnen, da sich rechtsextreme Denkweisen und Verhaltensmuster in dieser Gesellschaft nur schwer verbieten lassen können. Im Gegenteil: die Gesellschaftsmerkmale Rassismus, Nationalismus, Autoritätshörigkeit und das Recht des Stärkeren sind viel zu tief in der Gesellschaft verwurzelt, als das man sie einfach verbieten könnte. Die NPD ist für uns auch nur ein besonders krasser Auswuchs dieser weit verbreiteten Gesellschaftsmerkmale.

gesetze richten sich gegen linke

Der Ruf nach einem starkem, autoritären Staat der nun endlich mal gegen die NPD vorgehen soll, liegt uns natürlich auch prinzipiell fern. Die Erfahrung hat uns gezeigt das die staatlichen Repressionsorgane

kontinuierlich alle vorhandenen Repressionsmöglichkeiten vorrangig zur Kriminalisierung von AntifaschistInnen einsetzen. So richteten sich z.B. fast alle Verfahren nach §129a Strafgesetzbuch (Werbung bzw. Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung») gegen linke Strukturen. Konkret richteten sich 99,4 Prozent aller Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Verstoß gegen § 129a StGB in den Jahren von 1996 bis 2000 gegen Linke. Nur 0,6 Prozent aller Verfahren wurden im gleichen Zeitraum gegen rechte Straftäter eingeleitet.

hotline gegen flüchtlinge

Ein anderes Beispiel: Der Bundesgrenzschutz (BGS) hat kürzlich eine Hotline gegen rechte Gewalttäter eingerichtet. Die Idee ist nicht neu. Seit Jahren existiert in der deutschen Grenzregion eine ähnliche Denuzi-

nationshotline, bei der aufrechte Deutsche anrufen können, um alles zu melden, was ihnen irgendwie undeutsch erscheint. Dadurch sollen Flüchtlinge daran gehindert werden ein menschenwürdiges Leben in dem Land zu finden, welches mitverantwortlich für die ungerechte Verteilung des Reichtumes der Erde ist. Warum sollte man nun auf einmal bei rassistischen Übergriffen diese neu eingerichtete BGS-Hotline anrufen? Damit das angegriffene Opfer wohlmöglich gleich vom BGS in Abschiebehaft gesperrt werden kann?

deutsche leitkultur auch ohne npd

Falls es zum Verbot der NPD kommen sollte werden sich die grundsätzlichen Probleme dieser Gesellschaft nicht lösen. Die NPD-Funktionäre und ihre Anhänger werden nicht verschwunden sein. Die Mühlen der rassistischen Abschiebe-



Die deutsche Leitkultur bietet Rassismus ohne Scham für jederman.

maschinerie werden weiter im Gang sein, die Nazis werden weiter hetzen, jagen und morden, der Überwachungsstaat wird weiter ausgebaut werden, Kapitalismus und dessen Globalisierung werden weiter voranschreiten und die "deutsche Leitkultur" wird weiter als Richtlinie durchgesetzt werden. Es gibt für uns also nach wie vor genug Schweinereien um Widerstand zu leisten. Wir hoffen Ihr seid mit dabei.



Schafft Rote Hilfe!

Die Rote Hilfe organisiert Solidarität für alle, die in Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung Opfer staatlicher Repression werden. Jene, die für die Ziele der Arbeiterbewegung, den antifaschistischen, antisexistischen, antirassistischen, antimilitaristischen und antikapitalistischen Kampf zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder andere Nachteile erleiden brauchen unsere gemeinsame Unterstützung!

Kontakt: Rote Hilfe e.V. * c/o Infoladen Intercambio * Kreuziger Str. 18 10247 Berlin * Fon/Fax 030/29491699 * berlin@rote-hilfe.de * www.rote-hilfe.de * Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. Kto-Nr:191100462 BLZ:44010046



Bewegungsfreiheit ist Menschenrecht.

Am 7. Oktober 2000 sprangen zwei Mitarbeiterinnen der Hamburger "African Refugees Association" aus dem 4. Stock eines Wohnhauses. Der Grund, die Angst gegenüber der Polizei die vermeintlich an der Tür klingelte. Beide besaßen gültige Aufenthaltspapiere als Asylsuchende. Jedoch durften sie sich nicht in Hamburg aufhalten, da die Aufenthaltsgenehmigung nach §56 AsylVfG lediglich auf den Landkreis bzw. Stadt der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt ist. Eine der Frau erlitt mehrere Wirbelbrüche beim Aufprall, die andere eine Fraktur der Wirbelsäule, sie muß davon ausgehen ihr Leben im Rollstuhl zu verbringen.

bewegung ist ein ausnahmefall

Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besagt: "Jeder

Mensch hat das Recht auf Bewegungsfreiheit und auf freie Wahl des Wohnortes innerhalb eines Staates". Obwohl auch Deutschland hinter den Menschenrechten steht, sieht die Realität ganz anders aus. Flüchtlinge sind in Deutschland Opfer des Residenzpflichtgesetzes, einem System von Aufenthaltszuweisungen und beschränkungen. So ist es Flüchtlingen verboten, sich in Deutschland frei zu bewegen. Sie dürfen den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis nicht verlassen und sind verpflichtet in einer der ihnen zugewiesenen Flüchtlingsheime zu wohnen, nicht selten weit abgelegen oder sogar mitten im Wald. Solche die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit doch wahrnehmen wollen, müssen behördlich um Erlaubnis bitten und dies begründen. Da die Aufenthaltsbegrenzung gesetzlich als Regel und die Bewegungsfreiheit gegenüber Flüchtlingen als Ausnahme gesehen wird, ist die Genehmigung einer solchen nur bei "dringendem öffentlichen Interesse" der Fall. Wer sich dieser behörd-

lichen Schikane widersetzt und trotzdem dem ihm zugeschriebenen Ort verlässt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, im wiederholten Fall folgt eine Strafe von 100- 5000 DM bis hin zum Ausweisungsbescheid. Wie diese Strafe von 80 DM Bargeld im Monat bestritten werden soll, bleibt ein Geheimnis. Wer für die Geldstrafe nicht aufkommen kann dem droht Haft oder drakonische Strafen.

kriminelle ausländer...

Solche Verstöße gegen die Residenzpflicht tauchen später in Kriminalstatistiken auf, um die Kriminalität von Nicht- Deutschen zu belegen. Das Deutsche gegen solche Gesetze gar nicht verstoßen können wird natürlich nicht erwähnt. Außerdem laufen Flüchtlinge Gefahr, in eine der gefährdeten und brutalen Polizeikontrollen zu gelangen. Dort werden sie erkennungsdienstlich behandelt, fotografiert und es wird eine Kriminalakte über sie angelegt. Einige Flüchtlinge berichteten, dass sie auf-

grund ihrer Hautfarbe, Religion und Nationalität brutal mißhandelt wurden. Es soll auch schon Fälle gegeben haben bei den Flüchtlinge geschlagen und sie ihre Finger in den Hals und in den Anus gesteckt bekommen haben. Eine Behandlung die einige bereits das Leben gekostet hat. Methoden die an die Apartheid in Südafrika erinnern.

asyl-abschrecker

Bereits 1983 erklärte die UN Menschenrechtskonvention, dass in der BRD durch "Zwangsinternierung in Zentren, ernsthafte Beschränkungen der Bewegungsfreiheit (...) in Europa einzigartige Abschreckungsmaßnahmen gegen Asylbewerber zum Tragen gebracht worden" sind. Dieser internationalen Rüge zum trotz wurden das Asylverfahrensgesetzt seither noch mehrfach verschärft.

Der Gesetzgeber macht die Betroffenen selbst für den Freiheitsentzug verantwortlich, denn bei Sozialhilfebezug gefährdet ihre Freizügigkeit die "Verteilung der öffentliche Lasten", demnach dürften auch alle SozialhilfeempfängerInnen ihren Aufenthaltsort nicht verlassen. Ebenso würden Flüchtlinge, ein potentielles Risiko für die "öffentliche Sicherheit und Ordnung" darstellen. Hinzukommt, dass die Beschränkung auch für die "bessere Erreichbarkeit

im Asylverfahren und für die Arbeitsverwaltung" positiv ist.

die macht der sachbearbeiter

Doch dem nicht genug, auch wird den Sachbearbeitern mehr Spielraum für Ermessen und Entscheidungen zugebilligt. Doch gerade von diesen Schreibtischtätern werden neue Schikanen erdacht, die ihnen außer Macht- und Lustgewinn keinen Vorteil bringen. So werden die Sozialleistungen nur wöchentlich ausgezahlt, um die Flüchtlinge zu zwingen, sich dauernd in den menschenunwürdigen Heimen aufzuhalten. So sehen sich Hausmeister und Sicherheitsbeamte als Handlanger der Sozialämter und führen Strichlisten über die Anwesenheit. Somit laufen Flüchtlinge Gefahr, bei nicht Anwesenheit die Unterkunft, alles oder einen Teil der Sozialhilfe zu verlieren.

legal oder illegal

Flüchtlinge unterliegen in Deutschland einem feinmaschigen Kontrollnetz. Ihr Anspruch auf Anwesenheit wird zeitlich begrenzt und permanent unter Frage gestellt: Heute legal, morgen illegal. Überall werden sie darauf hingewiesen "nicht hierhin" zu gehören und ständig zur Rückkehr aufgefordert. Das Flüchtlingsheim ist der einzige einem Flüchtling zugestandene Ort, wer

abwesend ist, wird verdächtig nicht legal zu sein.

Stoppt die staatliche Kriminalisierung von Flüchtlingen!

Kampagne gegen die Residenzpflicht

Im Rahmen des Kongresses der Karawane im April 2000 wurde eine Kampagne gegen die Residenzpflicht gestartet. Die Kampagne ruft in einem Akt der zivilen Ungehorsamkeit die Flüchtlinge dazu auf, die Residenzpflicht öffentlich und aktiv zu durchbrechen und vermehrt damit vor Gericht zu gehen, notfalls durch Selbstanzeige bei der Polizei. Alle anderen sind dazu aufgefordert sich an der Kampagne zu beteiligen, sei es durch aktive Unterstützung oder durch Spenden die die Kampagne dringend benötigt.

The Voice Forum, Human Rights Group, AK Asyl Göttingen, Lange Geismannstrasse 73, 37073 Göttingen
Fon/Fax: 0551/58894-98, THE_VOICE_Goettingen@gmx.de

Bank:
Postbank Leipzig,
BLZ: 860 100 90
Kto.-Nr.: 0 231633 905



chronologie update.

faschistische aktivitäten in treptow

27.11.2000: In Altglienicke und Treptow werden NPD-Plakate geklebt.

15.12.2000: Bei der A-Party in den Reinbeckhallen bedrohen ca. 20 Nazis einige Gäste.

22.12.2000: Im Vorfeld der Archenhold-Schülerparty werden am S-Bhf. Adlershof eine Gruppe Jugendlicher von ca. 30 Neonazis mit Tritten und Schlägen traktiert. Die Polizei nimmt die Personalien der Angreifer auf. Auf der Party selber provozieren die Reste der Kameradschaft Treptow die Schüler und schüchtern sie ein. Auf dem Nachhauseweg wird ein Jugendlicher von 4 angetrunkenen Nazis aus dem Johannisthaler Stübel heraus angegriffen.

26.12.2001: Die faschistische Bruderschaft "Odins Wölfe" wird von Robert Rohde (geb. 1985), Ben Matzke (geb. 1984), Paul Krimmer (geb. 1984) und Mike Bodenhausen (geb. 1984) gegründet.

31.12.2000: In der Silvesternacht wird der Johannisthaler Jugendclub "Audio" entglast und eine Baracke des Winckelmannclub "JuJo" von Dennis Brückner (geb. 8.3.83), Steve Haberkorn (geb. 10.4.83) und Paul Tillack (Hauptbeschuldiger) angezündet.

06.01.2001: Die linke Party "Le Monde est à nous" in der Feuerwache Schöneweide muss vor Angriffen der Neonazis geschützt werden, die sich im "Johannisthaler Stübel" sammeln. Außerdem geht eine Bombendrohung gegen die Party bei der Polizei ein. Die Party bleibt Nazi-frei!

15.01.2001: Die Veranstaltung "Argumente statt Fäuste - Jugend und nationale Politik" in Niederschöneweide wird von NPD-Mitgliedern als Forum für ihre Parolen genutzt.

21.01.2001: Die Begegnungsstätte der Antifa Treptow

"PRO" in Baumschulenweg wird von Nazis mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

25.01.2001: Zwei Neonazis dringen in eine Bohnsdorfer Schule ein und schlagen zwei Jugendliche krankenhaushausreif. Beide werden wenig später von der Polizei gestellt.

14.02.2001: Am Rathaus in Alt-Treptow werden mehrere Jugendliche auf dem Weg zu einer Party von Nazis angegriffen.

17.02.2001: Am S-Bhf. Schöneweide werden zwei, der HipHop Szene angehörende Jugendliche von Nazis gejagt.

17.03.2001: Die Hooligan-Gruppe "Gruppe 9" provoziert am S-Bhf. Schöneweide linke Demonstranten, bei der Kundgebung gegen eine NPD-Großveranstaltung.

17.03.2001: Vier Vietnamesen werden in Köpenick von Nazis in die Spree gejagt.

07.04.2001: Am S-Bhf. Schöneweide werden sämtliche Mülleimer mit Hakenkreuzen beschmiert.

12.04.2001: Der Nazi Marco Oemus (ehem. Mitglied der verbotenen Blood&Honour) und Anhang dominieren die Archenhold-Party im Come In und machen einen entspannten Verlauf durch ständige Pöbeleien unmöglich.

20.04.2001: Im Treptower Park feiern etwa 20 Nazis den Hitler Geburtstag. Der S-Bhf. Treptower Park ist täglicher Aufenthaltsort für betrunkene Neonazis.

April 2001: Beim "Troopers" Konzert im ABC in Köpenick greifen dreißig Nazis die Konzertgäste an. Mit dabei auch Christian Ortmann (Blood&Honour).

30.04.2001: Der NPD-Aktivist Kay Uwe Kroll verklebt in der Dörpfeldstraße in Adlershof Aufkleber und legt Flugblätter ab, auf denen für den Naziaufmarsch am 1. Mai geworben wird.

01.05.2001: Mehrere Nazis aus Treptow, darunter auch Martik Mkkrtshjan (Kameradschaft Germania) nehmen unerkannt an den Maifeierlichkeiten bzw. den Unruhen in Kreuzberg teil.

05.05.2001: Nazi Michael G. aus Bohnsdorf erschießt sich

versehentlich selbst. In seiner Wohnung werden neben einem großen Waffenlager, Nazi-propaganda sowie eine SS-Uniform sichergestellt.

09.05.2001: Zu einer angemeldeten Demo der Republikaner am S-Bhf. Köpenick kommen 5 Mitglieder und verteilen ihr Parteiprogramm.

23.05.2001: Die Nazi-Hooligans "Gruppe 9" fordern bei der Anne-Frank-Party im Come In unter Androhung von Gewalt das Abspielen der Unions-Vereins hymne. Die Sicherheitskräfte der Party sehen keinen Anlaß dies zu verhindern. Später provozierten die Nazis eine Massenschlägerei mit anderen Jugendlichen.

24.05.2001: Zum "Herrentag" versammeln sich ca. 50 Nazis im Treptower Park, um sich zu betrinken und Passanten einzuschüchtern.

24.05.2001: In Schmöckwitz werden 5 alternative Jugendliche von Nazis zusammengeschlagen. Drei von ihnen werden schwer verletzt und wachen erst im Krankenhaus wieder auf.

24.05.2001: 30 alternative Jugendliche müssen sich in Köpenick gegen 20 angreifende Neonazis verteidigen.

26.05.2001: Ein Jugendlicher wird von Nazis in der Nähe der Insel in Alt Treptow angegriffen.

27.05.2001: Es tauchen Flyer der "Gruppe 9" auf, die zu einer "Zecken- und Kanackenfreien" Party in der Feuerwache Schöneweide am 08.06.2001 aufrufen.

08.06.2001: Die Feuerwache Schöneweide muß aufgrund von Protesten die Nazi-Hooligan Party absagen. Am Abend wird eine Frau in Grünau von Nazis angegriffen und beraubt.

26.06.2001: Eine junge Türkin wird am S-Bhf. Schöneweide von 5 Nazis beschimpft und geschlagen. Etwa 20 Fahrgäste und der Sicherheitsdienst sehen keinen Grund zum handeln. Die Täter können nur gestellt werden, weil ein Pendler die Notbremse zieht.

03.07.2001: Zwei Schwule werden am Müggelsee von Nazis überfallen und schwer verletzt.

06.07.2001: In der Nähe der Schulparty des Anne Frank Gymnasiums wird eine 14 Jährige von Nazis geschlagen. Die Polizei ist nicht bereit zu ermitteln.

13.07.2001: 10-15 Neonazis sammeln sich am S-Bhf. Adlershof, um zusammen zur Archenhold Party zu gehen. Dort, im Come In wird eine Fensterscheibe eingetreten.

13.07.2001: Jugendliche werden in Königswusterhausen von 2 Nazis mit Molotowcocktails beworfen. Es entsteht geringer Schaden. Die Jugendlichen beschützten die Bühne des antifaschistischen Fests "Le Moonde est à nous".

14.07.2001: In der Seelenbinderstraße veranstaltet die NPD einen Infotisch.

30.07.2001: Bei Wildau bewerfen mehrere Nazis mit Molotov-Cocktails Wohnwagen einer Roma-Familie, die dort seit einem Tag verweilt. Hoher Sachschaden ist die Folge.

03.08.2001: Etwa 15 Nazis aus Treptow (u.a. Mauersberger, Krüger) schlagen eine Farbige und deren Freunde am S-Bhf. Warschauer Straße zusammen. Der Großteil der Angreifer kann festgenommen werden. Schon 2 Wochen vorher ereignete sich an gleicher Stelle ein ähnlicher Vorfall.

08.08.2001: Ein stark alkoholisierter Mann aus Alt-Treptow schießt in einem Neuköllner Lokal mit den Worten "Scheiß Kanacke" einem Türken in den Rücken und begeht anschließend Selbstmord.

10.08.2001: Am S-Bhf. Adlershof sammeln sich 20 Nazis um Richtung KW zu fahren.

11.08.2001: Die NPD veranstaltet einen Infotisch in Baumschulenweg. Mit dabei auch Andrew Stelter und Christian Ortmann.

18.08.2001: Zum Todestag von Rudolf Heß werden in Johannisthal Aufkleber des verbotenen Hamburger Sturm geklebt.

Bei weiteren Vorfällen meldet euch bei uns: T.A.G.@firemail.de oder 0173 10 70 626



**die europäische
einigung der
mächtigen.**

Seit einiger Zeit, spätestens seit den Riots im Juni 2001 während des EU-Gipfels in Göteborg, ist die sogenannte europäische Einigung in aller Munde. Allgemein ist zuerst einmal zu sagen, dass die Europäische Union eine transnationale Staatenunion mit kapitalistischem Wirtschaftssystem ist und damit genauso wie der Staat in dem wir leben von uns prinzipiell abgelehnt wird. Beim EU-Treffen im Februar 2001 in Nizza/Frankreich setzte Kanzler Schröder erstmals eine provokante Stärkung der Macht Deutschlands innerhalb der EU um. Gegen den Willen Frankreichs konnte die deutsche Delegation einige wichtige Machtgewinne durchsetzen. Die deutsche Vertretung im europäischen Parlament wird größer und die deutsche Regierung bekam mehr Möglichkeiten die Entscheidungen der EU-Kommission zu blockieren. Insgesamt ist dazu natürlich festzuhalten, das Deutschland die Rolle des

Kämpfers für den nationalen Machtzuwachs nur am erfolgreichsten innerhalb der EU spielt. Jeder noch so europäische Politiker will zuerst die besten Pfründe für sich und sein Land/Region/Stadt sichern. Die wirtschaftliche Macht Deutschland bildet dabei einfach die beste Ausgangslage in diesem Machtpoker.

deutschlands rolle

Doch nicht nur in dem allgemeinen Machtpoker stellt sich Deutschland als siegreicher Hardliner dar. Gerade in den Politikbereichen Innere Sicherheit und Migrationspolitik ist Deutschland Vorreiter in der Verschärfung der Gesetzgebung und des Überwachungsapparates in der EU. So sind deutsche Innenminister (egal ob Schily oder Kanther) immer Hauptarchitekten und Baumeister der Festung Europa - ob lückenlose Grenzüberwachung, die Erweiterung der Befugnisse von EUROPOL, den

Aufbau von Gendateien über MigrantInnen - Deutschland fordert es am lautesten und drückt's innerhalb der europäischen Gremien durch.

schaffung von pufferstaaten

Neben der faktischen Abschaffung des Asyls 1993 in Deutschland kam wenig später (1996) die sogenannte "Drittstaatenregelung" - AsylbewerberInnen die über Ländern (Polen, CSR, Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark) um Deutschland herum einreisen werden sofort in diese "Drittstaaten" abgeschoben. Weil ja diese Länder "sichere Drittstaaten" sind und die Flüchtlinge in diesen Ländern vor ihrer Verfolgung sicher sind. Alle Länder, die der EU beitreten, müssen diese Regelung auch umsetzen - so entstehen "Viert-, Fünft- und Sechststaaten". Die EU hat die Staaten in Osteuropa sowie die Türkei durch diese Rege-

lung in Pufferstaaten verwandelt, sie sollen einen Großteil der EU-Ab-schottungspolitik leisten. Dies wird natürlich mit Geld zur Sicherung der Ostgrenzen und der Hoffnung auf einen baldigen Beitritt in die EU den Staaten "zurückgezahlt".

handschlag der sicherheitsbehörden

Praktisch muß ein Flüchtling heutzutage entweder per Flugzeug oder Schiff in die EU einreisen, um überhaupt einen Antrag auf Asyl stellen zu können - der in Deutschland am häufigsten in der EU abgelehnt wird. Nach dem Fall der Grenzen innerhalb Europas (Schengen-Abkommen) wurde auch die Zusammenarbeit der nationalen Polizei innerhalb Europas weiter forciert - neben der



**freiheit stirbt
mit sicherheit**

Schleierfahndung führte dies auch zur teilweisen Wiedereinführung der Grenzkontrollen an einigen Grenzen - wie jetzt wegen Maul und Klauen-seuche - oder im Juli 2001 an der Grenze Italiens wegen dem G8-Gipfel. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizisten der einzelnen Länder läuft schon seit Jahren ziemlich unproblematisch. Meist handelt es sich um Datenaustausch, grenzübergreifende Fahndungen oder gemeinsame Weiterbildung. Die auch in diesem Zuge eingerichteten europäischen Datenbanken - von TerroristInnen bis zum Ladendieb - und die Ausweitung der Rasterfahndung auf ganz Europa sind die bekanntesten Neuerungen im Polizeiparagrafen.

überwachungsgesellschaft

Auch der Ausbau der Überwachungsmöglichkeiten kommt dem repressiven Apparat der Polizei zugute. London mit seiner massiven öffentlichen Videoüberwachung gilt überall in Europa als "Vorbild" für die Überwachung von Großstädten. In Deutschland ist die Entwicklung zu einer Video - Überwachungsgesellschaft mehrheitlich von privaten Unternehmen und Einzelpersonen durchgeführt worden (Kameras in den Banken, auf der Arbeit, in der Wohnung, im privatisierten Bahnhof...). In Zukunft ist zu er-



Nicht erst seit den Protesten gegen die Treffen der G8 /EU in Göteborg und Genua muß mit Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung gerechnet werden.

warten, dass neben dieser "privaten" Überwachung die staatliche Videoüberwachung zunehmen wird (siehe Leipzig) - vorallem in sogenannten "Problemkiezen". Der genetische Fingerabdruck, Speichelproben ... - diese Repressionsmittel werden in Zukunft vor allem gegen politische AktivistInnen noch massiver eingesetzt werden - diese Repression kann aber auch auf weitere Teile der Gesellschaft (Kriminelle oder alle Männer) angewandt werden. Der Überwachungsterror wird auch in Zukunft weiter erhöht. So legte die EU - Kommission im April ein Gesetzentwurf vor, der vorsieht, dass die Internet- und Mailprovider alle Daten "über Herkunft, Bestimmung, Pfad oder Weg, Zeit, Größe, Dauer und Art" einer Kommunikation im Internet in Echtzeit festzu-

halten und den Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen müssen. Dies gilt wohl auch für Telefongespräche. Siemens bietet jetzt schon den Providern ein Soft- und Hardwarepaket an, mit dem sich "Überwachungsaufträge problemlos und sicher über die Standardeinrichtungen" der Telekomprovidern abwickeln lassen. Daneben bietet Siemens natürlich auch gleich die komplette Übernahme des "Überwachungsauftrags" an.

einigkeit der mächtigen

Abschließend läßt sich sagen, dass sich Deutschland innerhalb der EU als Machtfaktor etablieren wird. Doch in den Fragen der europäischen Außenpolitik und Innenpolitik sind sich die Mächtigen innerhalb der EU meist untereinander einig: Repressive Innenpolitik, die garantiert

das der Standort attraktiv für die transnationale und eigene Wirtschaft ist - imperiale Außenpolitik, die die eigenen Interessen wenn's sein muß militärisch im Ausland vertritt. Da ändern auch Regierungswechsel in den jeweiligen Ländern nix!

rückentwicklung auch ohne eu

Die Entwicklung der EU ist für jeden einzelnen Menschen (egal ob Ost- oder Westeuropa) eine Rückentwicklung der eigenen Freiheiten hin zu einem gläsernen Konsumentenroboter, der für die Profitmaximierung der europäischen Wertegemein-

schaft (weiß, christlich und heterosexuell) und der transnationalen Konzerne arbeitet. Diese Entwicklung ist nicht zwangsläufig der EU zuzuschreiben - nein sie würden auch in den einzelnen Ländern ohne die EU durchgeführt werden - ABER langsamer, teurer und aufwendiger - und genau wegen diesem Problem wird weiterhin in allen beteiligten Ländern an der EU festgehalten.

Text der Autonomen Antifa Nordost Berlin

Solidarität ist unsere Waffe!

Niemand, der nach Göteborg und Genua gefahren ist, um gegen die Globalisierung der kapitalistischen Weltordnung zu demonstrieren, hat damit gerechnet erschossen zu werden, oder langjährige Haftstrafen in kauf zu nehmen. Aufgrund der politischen Brisanz ist es leider dazu gekommen.

Genua: Ruff e.V.
Kto Nr: 1813040318
BLZ: 10050000
Stichwort: Genua 2001

Göteborg: Rote Hilfe e.V.
Kto Nr: 7189590600
BLZ: 10020000
Stichwort: Göteborg



Nun ist Solidarität gefragt, um den Gefangenen zu helfen! Anwälte und Knastbetreuung sind teuer! Spenden zahlreich!



Antifaschistisches Aktionsbündnis [A3]
Postfach 580724 Berlin
www.homepages.compuserve.de/pds/wsee/aaw & a3.berlin@firemail.de

Antifaschistische Aktion Berlin
Weydingerstr. 14-16 / 10178 Berlin
www.antifa.de / aab@antifa.de
Tel. 27560756

Antifa Hohenschönhausen
Schreinerstr. 47 / 10247 Berlin
www.antifah.ist-im-netz.de
antifah@firemail.de

Opferperspektive
Opferperspektive c/o RAA August-Bebel-Str. 88 14482 Potsdam / Tel.01711935669

Berliner Ermittlungsausschuß
Gneisnastr. 2a / 10961 Berlin
Tel. 6922222

Antifaschistisches Pressearchiv
Falckensteinstr. 46 / 10999 Berlin
Tel. 6116249 (Do.) / mail@apabiz.de

zusammen, auf allen ebeneN, mit allen mitteln.
www.treptowerantifa.de

Autonome Antifa Nordost
www.nordost.antifa.de
aanb@mail.nadir.org

Küer Antifa Offensive
www.notrix.de/kao & redkw@gmx.net
Tel. 01786810264

Surftips
www.nadir.org
www.linkeseite.de
www.indymedia.org
www.stressfaktor.squat.net.de
www.deportation-alliance.com
www.rts.squat.net
www.mumia.de
www.dosto.de/gengruppe
www.kamalatta.de/opferperspektive.de

Antifaschistische Initiative Moabit
Postfach 210235 / 10502 Berlin
a_i_m@gmx.de

Infoladen Daneben
Liebigstr. 34 / 10247 Berlin
Di-Fr 14-19 Uhr

Kein vergeben, kein vergessen... entschädigung der ns-zwangsarbeiterInnen

Am 15. Dezember 1999 einigte sich die Bundesregierung auf das Stiftungsgesetz "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", das über die Entschädigung von zehn bis vierzehn Millionen NS-ZwangsarbeiterInnen entschied. Acht Monate später trat das Gesetz dann in Kraft, aber bis heute wurde noch kein Pfennig ausbezahlt.

zwangsarbeit im "dritten reich"

Es standen im Gebiet des Deutschen Reiches über 20 000 "Zivilarbeiter - Lager" in denen während des zweiten Weltkrieges rund zehn Millionen Menschen zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Schätzungsweise arbeitete an jedem dritten Arbeitsplatz ein ZwangsarbeiterIn. Viele überlebten die schwere Arbeit, mangelnde Ernährung und Hygiene in den Lagern und die Schikanen und Prügel der "Herrenmenschen" nicht. 2500 Firmen (zu finden unter

www.vvn-bda.de) beschäftigten Arbeitssklaven und profitierten von ihnen. Man zwang schon früh Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich und im besetzten Europa zur Zwangsarbeit. Mit Beginn der Massendeportationen in die Vernichtungslager wurden sie von ihren Arbeitsstellen abgezogen und in den Tod geschickt.

Als 1944 der Bedarf nicht mehr anders gedeckt werden konnte, schickte das NS-Regime erneut jüdische Arbeitssklaven ins Reich.

das "gehalt" der zwangsarbeiter

Der Berliner Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczinsky hatte die unbezahlten Arbeitsstunden der Ge-
knechteten plus Zinsen und Wertsteigerung
zusammengezählt. Er kam auf die Summe von 180 Milliarden Mark, die die deutsche Wirtschaft ihren Opfern schuldig ist. Die Vertreter der Wirtschaft reagierten mit Entsetzen und sahen die Summe als unverhältnis-

mäßig und unmöglich an.

das stiftungsgesetz

Nach monatelangen Verhandlungen einigte sich die Bundesregierung auf die Zahlung von 10 Milliarden Mark an die ehemaligen Zwangsarbeiter. Dabei werden fünf Milliarden von der Bundesregierung getragen und die anderen fünf Milliarden soll die deutsche Wirtschaft beisteuern. Jeder Zwangsarbeiter würde dann eine Summe zwischen 714 und 1000 DM erhalten.

Die fünf Milliarden DM können steuerlich abgesetzt werden und so beträgt der reelle Betrag den die Wirtschaft zahlen muss nur 2,5 Milliarden DM. Mit dieser lächerlich kleinen Summe sollen alle Ansprüche gegen Deutschland aus "Arisierung, Unterschlagungen, Raub, pseudomedizinischen Experimenten sowie Plünderungen in den von Deutschland besetzten Ländern ein für alle mal abgegolten werden. Trotz dieser lächerlich kleinen Summe für die deutsche Wirtschaft (Gewinne der dt.Kapitalgesellschaften 1,1 Milliarden DM

am Tag)fehlen immer noch 1,4 Milliarden DM im Fonds.

nicht jeder hat anspruch

Anspruch auf Zahlungen aus dem Stiftungsfond hat nur wer gleichzeitig auf die Geltendmachung sämtlicher Rechte aus Zwangsarbeit verzichtet. Dadurch werden auch jene Profiteure von Zwangsarbeit von allen Ansprüchen befreit, die keinen Pfennig in den Fonds einbezahlen (derzeit 97% der Betriebe) Weiterhin sind Kriegsgefangene, die als ZwangsarbeiterInnen eingesetzt wurden und alle nicht im Reichsgebiet eingesetzten ZwangsarbeiterInnen vom Stiftungsgesetz ausgeschlossen. Auch eine Vererbung von Ansprüchen findet entgegen den Regelungen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht statt. Die größte Gruppe, der keinen Anspruch auf Entschädigung hat, ist die



Die deutsche Wirtschaft hat den Faschismus massiv unterstützt. 97% der Firmen verleugnen diesen Fakt und weigern sich die Zwangsarbeiter zu entschädigen.

der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft. Ihren Ausschluß begründet Otto Graf Lambsdorf, der Beauftragte der Bundesregierung in Sachen Entschädigung für Zwangsarbeiter, so: "Die Beschäftigung von Ostarbeitern in der Landwirtschaft ist eine natürliche historische Erscheinung. Sie haben schon immer so gearbeitet und tun dies sogar heute." Der Bundestagsabgeordnete von Stetten weiß, wie gut die "Ostarbeiter" es bei den Deutschen hatten: "Es gab viele, die gelitten haben, viele die auch schlecht behandelt wurden. Aber viele haben natürlich auch in Deutschland, mindestens die Landarbeiter, den Krieg besser überlebt als andere, die verhungert sind in ihren Ländern." Für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft ist diese Entscheidung ein Schlag ins Gesicht.

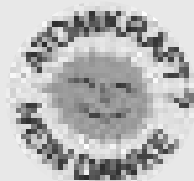
beweiskraft liegt bei den opfern

Die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen werden aber nicht nur von der deutschen Wirtschaft hingehalten. Ohne detaillierte Nachweise gibt es keine Entschädigung. Die nötigen Dokumente und Belege können nur in deutschen Archiven gefunden werden. Für viele der Überlebenden - erschwert durch hohe Reisekosten und Sprachbarrieren - ein Ding der Unmöglichkeit. Der Internationale Suchdienst

in Arolsen ist bei der Suche beweiskräftiger Dokumente hoffnungslos überfordert. 90 000 zusätzliche Anfragen sind monatlich zu bearbeiten. Nur in 30% der Fälle konnte eine positive Antwort gegeben werden. Noch schwieriger haben es ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Polen. Dort reicht es nicht, dass die NS-Opfer ihre Zwangsarbeit notfalls auch mit einer eidesstattlichen Versicherung "glaubhaft" machen. Die Warschauer Partnerstiftung verlangt vielmehr etliche Dokumente und Zeugenaussagen(!). So hat die für ehemalige Zwangsarbeiter zuständige polnische Stiftung von den bisher eingegangenen 450 000 Anträgen erst 185 000 positiv beschieden. Jacek Sasin, Vertreter des Amtes der Kriegsveteranen im Rat der Stiftung, sieht für die Verzögerungs- und Ablehnungspraxis einen simplen Grund: "Für alle Berechtigten reicht das Geld nicht, deshalb die Restiktionen." Die Taktik ist klar: je länger das Geld nicht ausbezahlt wird, desto weniger Ansprüche wird es irgendwann geben.

Für die sofortige Entschädigung aller ehemaligen ZwangsarbeiterInnen im Nationalsozialismus!

atomkraft



wieso wir lieber im dunkeln sitzen...

“Ein wesentlicher Aspekt des Atomkompromisses ist es, zu einer gesellschaftlichen Beruhigung des Widerstandes beizutragen”, so Wirtschaftsminister Müller. Widerstand soll also, durch scheinbare Ausstiegsüberlegungen delegitimiert werden und einen reibungslosen Weiterbetrieb des AKWs für die nächsten 30 Jahre sichern. Der Atomkonsens ist das Beste, was der Industrie passieren konnte. Castortransporte, Wiederaufbereitung der Brennstäbe und eine Bestandsgarantie für alle AKWs werden staatlich gewährleistet und zugesichert.

Gorleben, bedeuten für die Menschen erhöhtes Krebs- Mutationsrisiko und schaffen weiterhin absolute, auch in ferner Zukunft nicht änderbare Werte, die der Umwelt eine “strahlende” Zukunft garantieren, auch wenn der Mensch schon lange ausgestorben ist. Das Ziel der Antiatombewegung ist die weltweite Abschaffung von Atomenergie. Gefordert wird der sofortige Atomausstieg, ein sinnvolles Entsorgungskonzept und die Nutzung regenerativer Energiequellen. Firmen wie Siemens versuchen deshalb die Atomenergiepro-

duktion in die osteuropäischen Länder zu verlagern, um vor Protesten sicher zu sein. Atomenergie ist ein globales Geschäft, mit globalen Auswirkungen und muß deshalb auch global bekämpft werden.

starke atomlobby

Immer noch glauben viele Menschen, daß ohne AKWs die Lichter ausgingen, der Strom unerschwinglich teuer würde und das Klima endgültig Schaden nähme. Vielmehr ist es die Atomlobby, die Entwicklungen neuer Energiegewinnungsmethoden verhindert, sinnvolle Patente aufkauft, als unökonomisch diffamiert und massiv blockiert. Der steigende Energiebedarf ist auf Verschwendung zurückzuführen und schafft die irrige Annahme, daß es halt nicht anders geht. Obwohl ein Drittel der deutschen AKWs auf-

grund von Überproduktion abgeschaltet werden könnten und es sinnvolle Möglichkeiten des Energiesparens gibt, wird weiterhin an der Atomenergie festgehalten. Dies geschieht ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen einiger weniger, die das Recht beanspruchen Mensch und Umwelt für ihren ökonomischen Gewinn auszubeuten und selbst propagierte Systemkomponenten, wie demokratische Entscheidungen, Menschenrechte usw. zu mißachten. Natürlich finden wir selbiges Verhalten in Bereichen der fossilen Brennstoffe (u.a. Kraftstoffe), Trinkwassernutzung, Produktion und Entsorgung von Verpackungen und Sondermüll im abstrakten Dualen System. Auch wenn unsere Gesellschaft auf kapitaler Ausnutzung von allem und jedem beruht, heißt das noch lange nicht sich damit abfinden zu müssen.

sammenrotten würden, um gegen die Demokratie vorzugehen. Um alle rechtschaffenden Bürger zu schützen müßten leider die Grundrechte temporär aufgehoben werden.

mittel der meinungsäußerung

Da die demokratische Partizipationsmöglichkeit völlig unzulänglich ist und auch eine relativ große gesellschaftliche Widerstandsbewegung wenig erreichen kann, wenn sie sich auf die gewünschten Aktionsformen beschränkt, ist es nötig geeignete Mittel zu finden, um sich Gehör zu verschaffen, klare Fronten zu bilden und gesellschaftliche Widersprüche offen auszutragen. Wenn der Widerstand der Menschen zu groß wird, um wirtschaftliche Interessen gegen ihren Willen durchzusetzen, wird kurzerhand das Grundgesetz außer Kraft gesetzt. Eine Lawine aus Desinformation, Propaganda und Hetze soll die Zahl der Menschen, die sich am Widerstand beteiligen so gering wie möglich halten. Indem der Staat keinen Zweifel daran läßt, daß er um jeden Preis den Willen der Atomlobby durchsetzen wird, zeigt er ein weiteres Mal, daß Staat und Kapital eng miteinander verflochten sind. Unter völliger Mißachtung der Verhältnismäßigkeit und meist auch mit illegalen Methoden setzt er mit brutaler Gewalt Wirtschaftsinter-

essen durch, um im Widerstand ein Ohnmachtsgefühl zu erzeugen, aus dem es sich zu befreien gilt. Deshalb stellen auch wir uns X-Tausendmal-Quer!

Für den sofortigen Atomausstieg!

strahlend wird die zukunft sein

Atomenergie und die damit verbundenen Risiken für alle Lebewesen auf diesem Planeten, stellt eine staatlich subventionierte Gewalttat gegen die Gesellschaft dar. Dabei ist völlig gleichgültig wo sich das Kraftwerk befindet, da die Auswirkungen eines unvorhersehbaren Größten Anzunehmenden Unfalls (GAU) alle trifft und nicht vor Landesgrenzen stop macht. Atommüllendlager, wie in



Druck ausüben! Wie auch immer - Atomtransporte so teuer wie möglich machen!



www.anti-atom-aktuell.de
www.anti-atom.de
www.querstellen.de



Selbstbestimmte Sexualität?

Nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in der Partnerschaft hapert es bei der Selbstbestimmung. Wer heute von Patriarchat oder Frauenunterdrückung spricht, stößt öfter mal auf Unverständnis. Wo werden denn Frauen unterdrückt? Daß der Vater als Oberhaupt der Familie, über das Handeln der Kinder und der Frau entscheiden darf stammt doch aus Geschichtsbüchern des 19. Jahrhunderts. Warum regen sich Frauen überhaupt auf, sie haben laut Grundgesetz die gleichen Rechte, dürfen arbeiten was sie wollen und seit neustem auch den Dienst an der Waffe leisten. Frauen dürfen auch, nicht wie im Mittelalter, ihren Lebens- und Sexpartner selbst wählen. Tatsächlich hat sich in den letzten 100 Jahren vieles geändert, weil Frauen sich Verbesserungen erkämpft haben.

Trotzdem läßt sich in fast allen gesellschaftlichen Bereichen eine soziale Ungleichheit der Geschlechter aufzeigen. Wenn in den Medien über Sexismus geschrieben oder geredet wird, wird sehr oft die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation von Frauen beschrieben. Was aber oft fehlt, ist

die sexuelle Seite des Lebens von Frauen. Was soll denn das überhaupt heißen: Selbstbestimmte Sexualität? Mal aus dem Bauch heraus definiert, meint dies wohl, dass die Frau entscheiden kann, was mit ihrem Körper geschieht und was nicht. Entscheiden kann in welche sexuelle Richtung sie gehen will. Ob sie Lesbe sein will, Hete (Heterosexuelle) oder bisexuell. Dass sie in der Partnerschaft ihre sexuellen Wünsche und Vorstellungen äußern und verwirklichen kann, dadurch beim Sex befriedigt, und sich nicht von der männlichen Sexualität einengen oder unterdrücken lässt. Wenn es danach geht, sind wir doch alle ganz schön selbstbestimmt, oder?

Gerade als aufgeklärte, emanzipierte Frauen, im 21. Jahrhundert, da es keine Tabu-Themen mehr gibt und das "Bravo-Dr.-Sommer-Team" zur frühpubertären Pflichtlektüre gehört. "Selbstbestimmte Sexualität" heißt aber auch und vor allem das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Dass dieses Recht allen Frauen abgesprochen wird, wird sehr deutlich an den Regelungen des § 218, der es Frauen verbietet abzutreiben. Aber auch schon in der Partnerschaft hapert es mit der Selbstbestimmung. Wie sieht es also mit der Selbstbestimmung in den trauten vier

Wänden der modernen Beziehung aus?

selbstbestimmte beziehung

"Orgasmusstörungen der Frau sind ein weit verbreitetes Problem: Die Hälfte der Frauen kommt nie, selten oder nur manchmal zum Orgasmus und etwa jede zehnte Frau kann beim Koitus überhaupt nicht orgasmisch reagieren ..." Dies belegen Studien aus den 70er Jahren, angefertigt vom Psychologischem Institut in Marburg. Neuere Studien ergeben ähnliche Zahlen, die sich übrigens nur auf den partnerschaftlichen Geschlechtsverkehr beziehen. Bei der Masturbation treten genannte "Orgasmusstörungen" nicht auf. Da bleibt natürlich die Frage, ob der Orgasmus allein ein Indiz für eine selbstbestimmte und erfüllte Sexua-



lität ist. Derartige Ergebnisse zeigen deutlich, dass es Frauen noch immer schwer fällt ihre Bedürfnisse innerhalb einer Beziehung einzubringen, da sie ständig mit dem Druck leben die Erwartungen der Männer zu erfüllen. Ob dies nun am gesellschaftlichen Leistungs- und Verwertungs-zwang der Frauen oder an der Ignoranz der Männer liegt ist eine andere Frage.

sexualität der gesellschaft

Männer wie Frauen werden natürlich durch die Gesellschaft geprägt und empfinden die dort vorgeführten Stereotypen als das "Normale" und als das "Anstrebenswerte". Die Ergebnisse der Orgasmusstudie dürften eigentlich nicht verwundern, wenn mensch den Umgang mit Sexualität in der Öffentlichkeit betrachtet. Tagtäglich wird, in den Medien durch Werbung, Musikvideos oder Filmen jeglicher Art, die Frau hauptsächlich als leichtbekleidetes Objekt männlicher Begierde dargestellt. Meist jung und makellos, vielleicht auch mal in der Rolle der "Karrierefrau", aber genauso gerne als Mutter und Hausfrau am besten gleich beides auf einmal - aber niemals unattraktiv umschwänzelt sie den, meistens als stark und dominant dargestellten Stereotyp- Mann. Ist das nun Ausdruck einer selbstbe-

stimmten Sexualität, wenn sich die Karrierefrau dem Mann abends im kleinen Schwarzen hingibt? Unwahrscheinlich, außer mensch geht davon aus, es läge in der Natur der Frau", sich in Stöckelschuhe zu zwingen, sich Härchen aus dem Gesicht oder von den Beinen zu zupfen oder sich sogar für irgendwelche Schönheits-

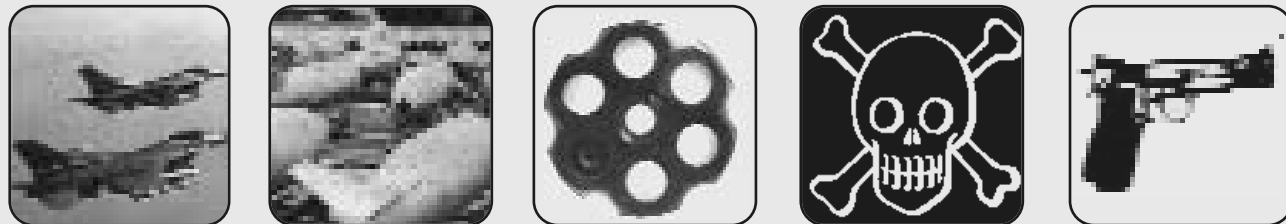


ideale unters Messer zu legen. Nirgendwo, auch nicht beim "Doktor Sommer Team" erfährt frau etwas über ihre eigene Sexualität. Alles läuft darauf hinaus, dass Sexualität mit dem Akt des Penetrierens gleichgesetzt wird. Die Selbstbestimmung ist dann, "Tu es nur, wenn Du es wirklich willst, aber normal ist es mit 15 1/2 Jahren Sex mit einem älteren Jungen zu haben." Abgesehen davon, dass Frauen durch diese Mechanismen in ein - den Herrschenden angenehmes - Rollenbild gedrängt werden, führen diese auch dazu, dass Frauen in erster Linie über ihren Körper und dessen Übereinstimmung mit herrschenden Schönheitsidealen identifiziert werden und sie lernen sich

selbst damit zu identifizieren. Das vorgefertigte gesellschaftliche Rollenbild verlangt von ihr automatisch nur "Freundin von" dem coolen Typen zu sein. Auch wird die Frau selten als selbstständiges politisches Subjekt wahrgenommen. Ihr "Prestigewert" ist wesentlich von ihrer Attraktivität bestimmt, d.h. am Verkaufswert ihres Körpers gemessen an den Normen, die gerade "in" sind.

ungleichheit ist in die wiege gelegt

Diese Rollenbilder werden schon in früher Kindheit den Frauen anerzogen: Mädchen müssen schön und niedlich aussehen, und sich beim Spielen nicht schmutzig machen. Umgedreht werden genauso auch Jungs schon im jungen Alter erzogen durchsetzungsfähig zu sein, erfolgsverpflichtet, und bloß nicht gefühlvoll. Durch Schönheitsideale und Frauen die sich dem fügen, wird Profit gemacht, mit Selbstbestimmung hat das nicht viel zu tun. Das Leben der Frau wird bestimmt durch gesellschaftliche Zwänge und Normen die sie immer mehr zur Ware degradieren. Uns ist es wichtig hier noch einmal deutlich zu machen, dass die Unterdrückung der Frau nicht allein im Wirtschaftlichen zu finden ist, sondern auch in der eigenen Beziehung stattfindet.



Argumente gegen die Wehrpflicht. von Mördern und denen die es werden sollen!

“Nichts wird Kriege abschaffen, wenn nicht die Menschen selbst den Kriegsdienst verweigern,” schreibt Albert Einstein in seinem Brief “Für einen militanten Pazifismus”.

Gründe diese These zu unterstützen reichen über den religiösen Standpunkt vom Gebot “Du sollst nicht Töten!” hinaus: Die Wehrpflicht bildet einen staatlichen Eingriff in das Leben aller jungen Männer, obwohl sie die Grundrechte anderer nicht beschränken. Selbst der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog hält dies für einen “tiefen Einschnitt in die individuelle Freiheit des Bürgers”. Dabei gesteht sich der Staat Eigentumsrechte über die Betroffenen zu, degradiert sie also zu Leibeigenen. Das wiederum stellt eine fundamentale Verletzung der

Menschenwürde und -rechte dar. Die Verfassungsmäßigkeit muss schon aus diesem Grund bezweifelt werden.

gemeinnütziger Zwangsdienst..

Ohne sich frei entscheiden zu dürfen, ob ihnen die “Verteidigung” Deutschlands überhaupt wichtig und lohnenswert erscheint, werden Wehrpflichtige in diesen Prozess involviert. Der Staat ist also nicht für die Bürger da, sondern sie existieren zugunsten des Staates. Selbst wenn Landesverteidigung allen “dient”, kann das kein Argument sein, den Zwangsdienst zu rechtfertigen. Schließlich sind auch andere gemeinnützigen Dienstleistungen, z.B. die Müllabfuhr, nicht allgemeine Pflicht.

Es existiert faktisch im Grundgesetz kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, obwohl es dort in Art.4. heißt: “Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.”

Zivildienst ist Kriegsdienst

Zivildienst ist aber ein Kriegsdienst ohne Waffe, zu dem jeder verpflichtet werden kann. Auch Zivildienstleistende sind im Krisenfall gesetzlich völlig in Kriegsplanungen mit einbezogen, sei es als Sanitäter, im Feuerlöschdienst, bei der Produktion von Waffen etc.. Außerdem müssen sie ihre Gewissensentscheidung schriftlich, sollte dem Antrag nicht stattgegeben werden sogar vor einem fremden Ausschuss, begründen. Diese Offenbarung der In-

timsphäre ist nicht zu rechtfertigen und symptomatisch für die Benachteiligung von Zivildienstleistenden gegenüber Soldaten. Totalverweigerung als “Alternative” bedeutet dagegen die sichere Vorbestrafung, bis zu fünf Jahre Gefängnis und gesellschaftliche Benachteiligungen.

rechtsradikal und soldat

Die Bundeswehr als Institution ist streng hierarchisch organisiert, bildet Leute für den Krieg aus, trainiert Befehlsgehorsam und ist direkter Nachfolger der Wehrmacht. Rechtsterroristen wie Manfred Roeder dürfen hier Vorträge halten, von Soldaten verübte Vorfälle im rechtsextremistischen Bereich häufen sich. 31 von 38 Generälen der Bundeswehr die 1956 beschäftigt wurden entstammten dem ehemaligen Führungskorps der Wehr-

macht.

Wozu eigentlich Bundeswehr

Ihre Legitimität schöpfen Armeen aus der Landesverteidigung. Doch spätestens seit die BRD nach der Wiedervereinigung ihren “Frontstaatcharakter” verloren hat, ist die unmittelbare Bedrohung durch Nachbarstaaten nicht mehr gegeben. Die Bundeswehr ist zum Prestigeobjekt avanciert, das die ökonomische und militärische Stärke Deutschlands repräsentieren soll. Feuerwehr, Rotes Kreuz und andere Organisationen sorgen bei Katastrophen für Hilfe, die Bundeswehr ist in diesem Zusammenhang unnötig.

Krieg ist keine humanitäre Aufgabe

Soldaten schützen nicht die in Kriegen am stärksten leidende Zivilbevölkerung, sondern zerbomben ihre Häuser. Sie schränken Menschenrechte, z.B. das Recht auf

Leben und körperliche Unversehrtheit, ein. Ein Blick auf die Vorfälle im Kosovo genügt, um dafür Beispiele zu finden. Im Falle eines Notstandes darf die Bundeswehr unbegründet Eigentum konfiszieren, bei Verlust oder Zerstörung wird dafür niemand haftbar gemacht. Den “defensiven Charakter” der Wehrpflicht verteidigen zu wollen, widerlegen zudem zahlreiche Angriffskriege, die mit Wehrpflichtigen geführt wurden. Zu einer dauerhaften Friedenssicherung gehört nicht das ständige Aufrüsten, sondern die Abschaffung von Waffen und Armeen. Deshalb ist es wichtig, sich nicht einfach aus Bequemlichkeit oder weil sich daraus “Vorteile” ergeben, der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen.

Schließlich kann “...eine Handvoll Wehrdienstverweigerer [...]den allgemeinen Protest gegen den Krieg dramatisieren.” (Albert Einstein)



Schnell am Drücker.
Langsam im Kopf.

Kampagne gegen Wehrpflicht Zwangsdienste und Militär
Oranienstraße 25 / 10999 Berlin Tel/Fax 61500530/29 www.kampagne.de

17.03.nazi-veranstaltung von antifas beendet.

Für den 17. März 2001 hatten der NPD/JN-Kader Andrew Stelter aus Treptow-Altglienicke und seine Kameraden wieder mal eine Nazigrößveranstaltung in Berlin organisiert. Auf dieser wollten die jungen NPD-Anhänger dem SS-Kommandanten Kurt Eggers gedenken und dem Geklimper des NPD-Liedermachers Jörg Hähnel lauschen. Doch dieses mal kam alles anders:

gegenaktivitäten

Die Treptower Antifa Gruppe machte die "konspirative" Veranstaltung durch eine Presseerklärung öffentlich und mobilisierte zu dem "Schleusungspunkt" der Nazis am Busbahnhof Schöneweide. Hier hatte die PDS-Treptow-Köpenick eine Kundgebungen gegen rechte Gewalt und Propaganda angemeldet. Nachdem die PDS von der Polizei dazu gedrängt wurde ihre Kundgebung auf die andere Bahnofsseite zu verlegen, meldete der Bund der Antifaschisten eine weitere Kundgebung am Busbahnhof an. Die Jungen

Nationaldemokraten (JN) sahen sich daher gezwungen ihren "Schleusungspunkt" am Bahnhof Schöneweide aufzugeben und nur noch wenige Nazis fanden sich am 17. März am eigentlichen Treffpunkt ein. Im Internet erklärte ein Naziaktivist dazu: "Die Polizei wußte nichts von dem eigentlichen Veranstaltungsort. Zeitgleich zu der JN-Veranstaltung fand am ursprünglich geplanten Veranstaltungsort eine Zusammenkunft von 35 Kameraden statt, die auch sämtliche Polizeikräfte banden!!! (ca. 150 Beamte!)". Gemeint waren damit etwa 20 Naziaktivisten die sich im "Johannisthaler Stübel" verschanzt hatten. Diese Kneipe wurde bereits zuvor



von der Treptower Antifa Gruppe mit Flugblättern als ein wichtiger Nazitreffpunkt öffentlich gemacht. Der Betreiber hatte daraufhin behauptet, nichts von den Nazitreffen in seinen Räumen zu wissen. Spätestens am 17. März wurde diese Behauptung eindeutig widerlegt.

wer war dabei

Unter den versammelten Nazis befand sich u.a. der Berliner NPD-Pressesprecher Rene Bethage aus Berlin-Schönefeld und der Nazi-Aktivist Marco Oemus aus Berlin-Niederschöneweide. Dieser belegte mit seiner Anwesenheit, das er nicht zum "unpolitische Hooligan" (Gruppe 9) geworden ist, wie er so gern behauptet. Dem kläglichen Haufen Nazis standen etwa 400 AntifaschistInnen gegenüber, die klarmachten, dass Treptow kein ruhiger Rückzugsraum für Nazis mehr ist. Das Spektrum reichte von Treptower Jugendlichen, über Gewerkschafter, autonomen Antifaschisten,



Bethage (2.v.r.) und andere Nazis hinterm "Johannesthaler Stübel".

PDS-Mitgliedern bis zum kirchlichen Friedenskreis. Daher sind die Kundgebungen als ein voller Erfolg und das gelungene Ergebnis einer antifaschistischen Mobilisierung zu bewerten, bei der verschiedene Spektren zusammenarbeiteten. Erfolglos blieb hingegen der Versuch eines Naziaktivisten kurz vor 15 Uhr per Telefon eine Eilversammlung am S-Bahnhof Schöneweide anzumelden.

wo waren die nazis

Unabhängig von den Kundgebungen gelang es anderen Antifaschisten den Veranstaltungsort der NPD-Jugend in Lichtenberg ausfindig zu machen. Etwa 100 Nazis hatten sich im "Prozentehouse" in Lichtenberg zu ihrer SS-Gedenkfeier versammelt, wo sie aber von einigen AntifaschistInnen gestört wurden. Daraufhin griff eine Gruppe von NPD-Anhängern die AntifaschistInnen mit Billiard-Queues

und Barhockern an. Im Laufe der Auseinandersetzungen wurden zwei Nazi-Autos und die Nazi-Kneipe beschädigt. Die Veranstaltung musste abgebrochen werden und das Nazikonzert fiel aus. Im Internet jammerte ein Nazi später: "Entweder man kann den Schutz der Teilnehmer gewährleisten oder man sollte Veranstaltungen absagen!! In erster Linie werden vor allem junge Kameraden von solchen Demonstrationen der Schwäche abgeschreckt. Wer lässt sich schon gerne verprügeln?"

festnahmen

Nach den Auseinandersetzungen wurden im gesamten Bezirk Lichtenberg 38 vermeintliche "Linke" und 35 Nazis von 140 Polizisten wegen des Verdachtes auf Landfriedensbruch festgenommen. Die AntifaschistInnen waren im Gegensatz zu den Nazis von Hausdurchsuchungen und Haftbefehlen betroffen. Die Ermittlungsverfahren gegen die Nazis wurden mittlerweile eingestellt, während die AntifaschistInnen mit Anklagen rechnen müssen. Am 13.10. um 14 Uhr ab U-Bhf. Magdalenenstraße gibt es eine Antifa-Demo: Nazistrukturen zerschlagen, in Lichtenberg und anderswo. Abends findet eine Soli-HipHop-Party in der Linse statt, die die Festgenommenen vom 17.3. unterstützen soll. Kommt zahlreich!

Soli-Sampler Göteborg



21 Lieder für 15 DM (inkl.Porto) zu bestellen bei: solikomitee@uni.de

»Know your enemy«

Fajsharten
Wissen ist ein
unverzichtbares
Werkzeug, um die
Macht der Nazis
zu brechen und
die rechte Agenda
zu durchbrechen.
Wir werden Sie
nicht überlassen
und die
Antifa-Nachrichten
Dabei gibt es
abzu.

»Festnahmen
INFO«

Endtermin: 18
1999 Berlin
http://www.linse.org

Alles was rechts ist.

RECHTE FRAUEN buchvorstellung.

Diesmal wollen wir euch ein Buch vorstellen, welches ein Thema aufgreift das teilweise tabuisiert wird. Rechte Frauen sind in keinem fall klüger oder sensibler als ihre männlichen Nazi-Kollegen, genießen aber oftmals den "Frauenbonus" der sie als weniger extremistisch dastehen läßt.

Obgleich sie innerhalb der neonazistischen Szene oft als Gebärmaschienen angesehen werden bzw. sich ihrer gesellschaftlichen Rolle als Frau zu fügen haben, wollen einige von ihnen auch politische Verantwortung übernehmen ohne dabei den Männern in die Quere zu kommen.

"Auch ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, aus freiem Entschluß heraus mit auf die Straße zu gehen. Einerseits um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß unsere Gesin-

nungsgemeinschaft kein reiner Männerverein ist! Andererseits, um jenen Mädels eine Gelegenheit zu geben, sich an Straßenschlachten zu beteiligen, welche sich nicht damit abfinden wollen, ausschließlich Aufgaben zu übernehmen, welche innerhalb der jeweiligen örtlichen Gruppen und somit kein Risiko mit sich führen."

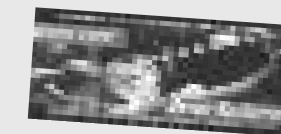
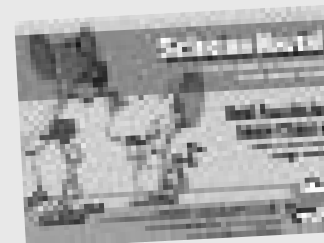
Dieses leidenschaftliche Plädoyer hält bereits 1985 Ursula Worch auf der Frauenseite des Kaderrundbriefes "Neue Front". Sie ist nur eine von vielen Frauen, die in der rechten Szene Führungspositionen einnehmen und sich selbstbewußt und eigenständig profilieren. Das Buch "Rechte Frauen - Skingirls, Walküren und feine Damen", erschien bereits 1997 im Elefanten Press Verlag und ist inhaltlich in drei

Bereiche untergliedert. Im ersten werden wichtige unterschiedliche ideologische Strömungen und Positionen dargestellt, die von konservativ über esoterisch bis extremistisch reichen. Diese werden mehr oder weniger intensiv durchleuchtet und veranschaulicht dadurch die Breite des Spektrums, in dem sich Frauen in der rechten Szene bewegen können.

Die Herausgeberin Renate Bitzan recherchierte und sammelte zu diesem Zweck die einzelnen Berichte und Artikel von unterschiedlichen Autorinnen. Der zweite Teil des Buches befasst sich mit dem gesellschaftlichen Umgang im Bezug auf das Thema Frauen und Rechtsextremismus. Hierbei geht es um Themen, wie zum Beispiel: Frauen und Straßenschlachten, Reenes (die mit den häßlichen Frisuren) und Spitzelinnen. Im letzten Teil sind Kurzbiographien rechter Frauen zu finden.

Alles läuft darauf hinaus, dass Rechte Frauen nicht minder gefährlich sind bzw. mehr Berechtigung haben Nazi zu sein als ihre männlichen Kollegen. Unser Urteil lautet: fesselnde Fachliteratur, die die Rolle von Frauen in der männerdominierten rechten Szene durchleuchtet. Interessant für alle !!

ISBN 3-88520-636-6



antifa heisst nicht
nur gehen
kleben

Liebes linksalternatives Publikum aus dem Süd-Osten Berlins,

die strake Nachfrage nach unseren Aufklebern hat uns veranlaßt eine neue Kollektion zu drucken. Diese könnt ihr wieder bei uns bestellen. 50 Aufkleber kosten 5 DM. Das Geld legt ihr bitte in Scheinen bei. Wer das nicht bezahlen kann, aber trotzdem Aufkleber haben will, der/die schreibt uns wieso Antifa richtig und gut ist und bekommt dann welche gratis.

Bestellungen an:

T.A.G.
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
10247 Berlin



mörder!

Kapitalismus tötet.

Carlo Giuliani. In Genua von Bullen ermordet.